

Ist die Schweiz fremdenfeindlich?

Volksinitiative der SVP Schweizerische Volkspartei gegen die Masseneinwanderung
<http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis413t.html> (18.02.2014)

Abstimmung vom 10.2.2014: Trotz massiver Werbung dagegen wurde sie mit 50.3% der Stimmen angenommen.

Ich versuche jene Aspekte zu verstehen, die massgeblich zum Ergebnis und den Kommentaren im In- und Ausland führten.

Ich sehe zwei Hauptgründe:

1. Das schweizerische Verständnis von Politik
2. Wenig hilfreiche Berichterstattung in der Schweiz und im Ausland

Zu 1: Die von CH Politikern gerne vorgetragene eitle Aussage, unser Demokratieverständnis sollte eigentlich ein Exportartikel sein, führt bei vielen Leuten zu Überheblichkeit. An der EU schrecken der Kolossalismus, der Reglementiereifer und der Souveränitätsverlust ab. Die Art, wie jene Länder sich bedankten, die mit Hilfe der EU aus dem selbst verschuldeten Finanzsumpf gerettet werden mussten, ist ernüchternd. Besonders stossend war die Verunglimpfung Deutschlands und seiner Kanzlerin. Helfen und dafür den Tritt in den Hintern!

Wesentlicher ist das schweizerische Verhältnis Staat/Bürger. Man will die Politik nicht allein dem Parlament und der Regierung überlassen, sondern stets die Möglichkeit haben, einzugreifen. Hier zeigt sich eine schweizerische Unart. In die Regierungsverantwortung eingebundene Parteien, vorab die Sozialistische SP und die Schweizerische Volkspartei SVP, scheuen sich nicht, mit Referendum und Initiative populistische Oppositionspolitik zu betreiben. Eine Schwemme von Initiativen und Referenden zwingt uns jedes Jahr in Gemeinden, Kantonen und im Bund zu zahlreichen Urnengängen. Der Glaube, das Volk als letzte Instanz könne alles umkehren, auch in den Beziehungen zum Ausland, führt zu Trugschlüssen. Besser verhandeln, nachverhandeln sind die verführerischen Schlagworte, als ob wir allein das Ergebnis bestimmen könnten. Nicht nur die SVP glaubt, mit in die Verfassung eingebrannten Bestimmungen lasse sich alles Erwünschte herbeiführen und das Unerwünschte fernhalten. Die Verfassung wird zusehends zu einer chinesischen Mauer umgebaut.

Dr. Gerhard Schwarz, Direktor der Denkfabrik „Avenir Suisse“, führte in einem Vortrag vom 12. Februar 2014 aus, dass mit 100 000 Unterschriften ganze 2% der Schweizer bereits eine Abstimmung erzwingen können. Die Stimmbeteiligung von ca. 57% und die Zustimmung zur Initiative von 50.3% bedeuten, dass zur Annahme der Vorlage 28% der Stimmberechtigten genügen. In anderen Ländern wird ständig nach neuen Regierungen und Neuwahlen gerufen, wir tun dasselbe in der Form der Initiativen und Referenden. Die Initianten beanspruchen hemmungslos die Zeit von Regierung und Parlament und erschweren deren Arbeit.

Gefallen hat mir, wie die Regierung das Abstimmungsergebnis ohne Lamentieren zur Kenntnis genommen und sich an die Arbeit gemacht hat.

Zu 2: Das Abstimmungsergebnis gefällt mir nicht, ich schäme mich aber nicht. Die Ja-Sager haben ein Grundrecht wahrgenommen, es kann gar keine Regeln geben, wann ein Ja oder ein Nein erlaubt ist. Das 20. Jahrhundert hat zur Genüge gezeigt, wohin devoter Applaus und „richtiges“ Wählen führen. Die das Ergebnis als beschämend bezeichnenden schweizerischen Kulturschaffenden, Politiker und andere wollen im Geiste von „Herr, ich danke Dir, dass ich nicht bin wie die Anderen“, nicht wahrhaben, dass mit einem Ausländeranteil von 23% und schnell wachsender Einwanderung Probleme verbunden sind. Wenig hilfreich sind die Anwürfe, die Regierung tue zu wenig für die Integration. Diese braucht sehr viel Zeit und Kraft. Wir lösen unsere Probleme und jene mit der EU nicht, indem wir auf jene einprügeln, die Ja gestimmt haben. 1945 hatte die Schweiz knapp 4,5 Mio. Einwohner, jetzt 8 Mio. Kann es so weitergehen? Fremdenfeindlichkeit ist keine schweizerische Eigenart. Was heisst zudem Fremdenfeindlichkeit? Ist es nur Ablehnung der Ausländer, die Angst, im eigenen Lande zur Minderheit zu werden, Sorge um den inneren Zusammenhalt, oder alle drei? Wird die EU in allen ihren Ländern Umfragen zum Thema durchführen, um zu erfahren, wie die Stimmung ist, oder will man es lieber nicht wissen?

Weitgehend ausgeblendet wird in der Schweiz, dass die ausländischen Arbeitskräfte von uns angeworben werden. Wir wollen überall an der Spitze sein, ständig wachsen, noch mehr Wohlstand schaffen und freizügig verteilen – festes Einkommen für jedermann ist nur eine vieler Utopien. Wirklichkeitsfremd ist die Meinung, man könne sich auf Qualifizierte beschränken und verschweigt, dass jede Menge Arbeit zu verrichten ist, die keine besondere Ausbildung voraussetzt.

Ausblick. Zu überdenken ist das Doppelspiel von Regierungsverantwortung und gleichzeitiger Opposition, sowie die Zahl der für Referendum und Initiative erforderlichen Unterschriften. Die Ansprüche auf Kontingente für ausländische Arbeitskräfte haben umgehend eingesetzt. Was mit der Volksabstimmung erreicht werden soll – Drosselung der Zuwanderung – droht im Umweg über ein überholtes und aufwendiges Zuteilungssystem ausgehebelt zu werden. Werden wir in einigen Jahren enttäuscht feststellen, dass, trotz eines grossen innen- und aussenpolitischen Preises, nichts erreicht wurde? Einen Preis bezahlen wir bereits jetzt: Belastung der inner-schweizerischen Beziehungen. Aufrechnung dessen, was die EU uns und wir der EU nützen, ist Augenschere. Wir kaufen von und liefern in die EU, weil wir darauf angewiesen sind, nicht aus Liebeshuld. Die neuen Gotthard- Simplon- und Ceneri Eisenbahntunnel bau(t)en wir eben so sehr für uns wie für die EU, und so ist es mit jedem Abkommen, ganz nach dem zeitlosen Muster „Gibst du mir die Wurst, lösche ich dir den Durst.“



© Dr Richard Dähler, 8047 Zürich richard.daehler@bluewin.ch
<http://www.eu-ro-ni.ch/publications/Abstimmung.pdf>

12.2.2014 (31.5.2014)